

„Mensch, mach dir ‘ne Rübe“

Veranstaltung der Koalitionsfraktionen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung

In Deutschland entstehen jedes Jahr bis zu 18 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle im Wert von circa 25 Milliarden Euro. Das heißt, jeder Bundesbürger wirft Jahr für Jahr durchschnittlich 80 Kilogramm Lebensmittel weg. Zwei Drittel davon sind vermeidbarer Lebensmittelmüll. 2015 haben sich 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet, bis 2030 die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene zu halbieren, unter ihnen auch die Bundesrepublik.

nicht aus. Es fehlt eine einheitliche Definition und Methodik zur Erfassung und Bewertung von Lebensmittelabfällen auf EU-Ebene und es fehlen Nachhaltigkeitsstrategien mit festgelegten Zielen, wie sie beispielsweise in Großbritannien zwischen Lebensmittelhandel und Politik bereits vereinbart wurden.“

Petra Müller von der Thüringer Verbraucherzentrale machte deutlich, dass Lebensmittelverschwendung oft nicht nur an fehlendem Problembewusstsein liegt, sondern hausgemacht ist: Wenn der Einzelhandel nur Lebensmittel in Verpackungen anbietet, die

den Handel. Insgesamt werden so über 750.000 Tonnen aussortiert. „Hier entsteht Lebensmittelabfall, noch bevor die Lebensmittel zu den Verbrauchern gelangen.“ Ihre Forderung an den Einzelhandel, die im Anschluss mit den Thüringer Einzelhandelsvertretern diskutiert wurden: Der Handel muss bereits mit den Erzeugern und Produzenten von Lebensmitteln überlegen, wie sich eine höhere Wertschätzung und Wertschöpfung von Lebensmitteln erreichen lässt.

Darum ging es auch zum Abschluss der Veranstaltung beim „Markt der Möglichkeiten“, wo an verschiedenen



Was heißt das konkret und was kann jeder einzelne Bürger gegen Lebensmittelverschwendung tun? Diese Frage hatten am Vorabend des Weltverbrauchertages unter dem Motto „Mensch, mach dir ‘ne Rübe!“ die verbraucherpolitischen Sprecherinnen von Rot-Rot-Grün im Landtag gemeinsam mit Fachexperten und Vertretern des Lebensmittelhandels diskutiert.

„An erster Stelle“, so die verbraucherpolitische Sprecherin der Linksfraktion Diana Skibbe (siehe Foto r.) „steht die Sensibilisierung der Verbraucher beim Einkauf und Verbrauch von Lebensmitteln. Hier reicht uns die 2015 von der Bundesregierung begonnene Kampagne ‚Zu gut für die Tonne‘

kleinen Haushalten nicht gerecht werden, oder die Preisgestaltung zu großen, aber billigeren Produkten greifen lässt, werden fast zwangsläufig Lebensmittel verschwendet. Ihr Fazit: Lebensmittelverschwendung ist auch ein Problem sozial ungerechter Preisgestaltung.“

Tanja Dräger de Teran, Referentin für nachhaltige Landnutzung, Klimaschutz und Ernährung beim WWF Deutschland, erklärte, wie sinnlose Handelsnormen und Wettbewerbsdruck im Einzelhandel Lebensmittelverschwendung verstärken: Selbst 35 Prozent der in Deutschland ökologisch angebauten Kartoffeln werden im Packbetrieb aussortiert und gelangen erst gar nicht in

Ständen sehr konkret gezeigt wurde, wie Lebensmittelabfall vermieden werden kann. Das reichte von der Präsentation des verpackungsfreien Ladens in Erfurt bis hin zu konkreten Tipps bereits für Kinder seitens der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, Sektion Thüringen. Herausragend für alle Anwesenden war aber hier das Angebot des Thüringer Landtages. Die Köche hatten aus den nicht verwerteten Lebensmitteln des aktuellen Kantinenbetriebs ein gesamtes Menü und Rezepte zusammengestellt, wie auch zu Hause aus scheinbarem Lebensmittelmüll köstliche Gerichte hergestellt werden können.

Jens Schley

VON A BIS Z:

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Leiharbeiter ist in Thüringen gestiegen: Im Juni des vergangenen Jahres gab es landesweit 34.796 Leiharbeiter, 2015 waren es 34.007. „Die Schere zwischen hochqualifizierten und gut bezahlten Kernbelegschaften und den prekär Beschäftigten nimmt immer mehr zu“, so MdL Ina Leukefeld. Angesichts der bevorstehenden digitalen Revolution werden unzählige Arbeitsplätze wegfallen. „Darauf müssen wir uns einstellen und das sollte zu einer konsequenten Verkürzung von Arbeitszeit führen.“

Zudem begrüßte die Abgeordnete, was Frank Jürgen Weise sagte, der sich als Chef der Arbeitsagentur in den Ruhestand verabschiedet hatte. Auch er sprach sich für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt aus und er sagte: „Wir sollten Langzeitarbeitslose ohne Qualifikation, die auf dem normalen Jobmarkt keine Chance haben, nicht weiter in akademische Schulungsprogramme schicken, sondern einen staatlich subventionierten Arbeitsmarkt für sie schaffen. Wir bezahlen ihnen Arbeit, statt ihnen Hartz IV und die Wohnkosten zu zahlen.“

Ina Leukefeld kritisierte, dass für dieses sinnvolle Vorhaben die nötige Unterstützung durch den Bund fehlt. „Die Einstellung in Arbeit im Gemeinwohlbereich ist bezahlbar, wenn die Hartz-IV-Gelder nicht als Almosen zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, sondern als Lohn für freiwillige Arbeit. Dafür werden wir weiter streiten.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der Zeit vom 3. bis 5. Mai, vom 31. Mai bis 2. Juni sowie 21. bis 23. Juni.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Tag der offenen Tür:

Der Thüringer Landtag und die Fraktionen, bei der LINKEN wieder mit einem Café, laden ein zum Tag der offenen Tür am Sonnabend, den 17. Juni.

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Lehrerbildung

Zur einer Fachtagung mit dem Titel „Ein Berufsbild ändert sich – neue Anforderungen an die LehrerInnenbildung“ lädt die Fraktion DIE LINKE am Samstag, den 29. April, 10 bis 17 Uhr, in den Landtag, Raum F 101, ein. Im Rahmen von Vorträgen und Workshops soll u.a. diskutiert werden, wie ein modernes Thüringer Lehrerbildungsgesetz aussehen muss oder wie sich das Gesicht der Institution Schule verändert und mit ihm die Anforderungen an das Berufsbild Lehrer. Um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte, der sich auch Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag verschrieben hat.

Mehr unter: www.die-linke-thl.de

Kinderrechte

Nachdem vor 25 Jahren die UN-Kinderrechtskonvention für die Bundesrepublik in Kraft getreten ist, forderte nun auch Bundesjustizminister Heiko Maas eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. „Dies ist nichts weiter als Wahlkampfgetöse. Herr Maas ist seit 2013 Mitglied im Kabinett von Frau Merkel. Er und seine Fraktion hätten in dieser Zeit längst die Kinderrechte im Grundgesetz verankern können“, kritisierte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kati Engel. Bereits 1989 hatten 191 Staaten der UNO die Kinderrechtskonvention unterschrieben. Sie fußt auf dem Recht auf Schutz, dem Recht auf Förderung der Entwicklung und dem Recht auf Beteiligung der Kinder.

Barrierefrei

„Menschen mit Behinderungen müssen einen ungehinderten und eigenständigen Zugang zu Informationen und Dokumenten haben“, unterstreicht Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, mit Blick auf die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention.

Das betreffe besonders die barrierefreie Kommunikation von öffentlichen Einrichtungen, z.B. über ihre Internetauftritte. In ihren Online-Angeboten könnten Dokumente auch in der Form der Leichten Sprache, in Brailleschrift und als Audiodatei eingestellt werden. Bei einer Online-Übertragung der Plenardebatten und bei öffentlichen Ausschusssitzungen sollten Gebärdensprachdolmetscher eingesetzt werden.